

10. DEUTSCHER FACHÄRZTETAG

Hat der niedergelassene Facharzt überhaupt noch eine Zukunft?

Droht dem niedergelassenen Facharzt das Aus? Hat die freiberufliche fachärztliche Arbeit angesichts des permanenten Spardrucks im Gesundheitswesen überhaupt noch eine Zukunft, oder droht eine „Hollandisierung“ des deutschen Systems? Mit solchen Fragen beschäftigte sich der 10. Deutsche Fachärztag, zu dem Dr. Michael Hammer für die Gemeinschaft fachärztlicher Berufsverbände Nordrhein (GFB) und Dr. Axel Munte für den Bundesverband Niedergelassener Fachärzte (BNF) kürzlich nach Köln eingeladen hatten.

Es ist ein erklärtes Ziel der Regierungskoalition, die hausärztliche Versorgung zu stärken. Aus Sicht der Fachärzte war es daher immerhin beruhigend, dass den direkten Zugang des Patienten zum Facharzt niemand ernsthaft in Frage stellte – weder Politiker wie Staatssekretär Dr. Klaus Theo Schröder vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung noch Krankenkassenvertreter wie Wilfried Jacobs, Vorstandsvorsitzender der AOK Rheinland oder Herbert Rebscher, Vorstandsvorsitzender des Ersatzkassenverbandes VdAK/AEV.

Im Gegenteil: „Die fachärztliche Versorgung hat Zukunft“, sagte Jacobs. Es sei möglich, die hausärztliche Versorgung zu stärken, ohne den Fachärzten die Grundlage zu entziehen. Die Zusammenarbeit von Hausärzten und Fachärzten müsse „patienten- und ablauf-

orientiert“ gestaltet werden. Darüber hinaus seien kooperative Formen der Zusammenarbeit von niedergelassenen Fachärzten und Kliniken ins Auge zu fassen. So könnten „kostentreibende Doppelstrukturen“ – etwa durch die gemeinsame Nutzung von Geräten – eingespart werden.

Der Präsident der Bundesärztekammer und der Ärztekammer Nordrhein, Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, plädierte für eine personell integrierte ärztliche Versorgung in der hochspezialisierten Medizin. Niedergelassene Fachärzte werden nach diesem Modell vielfach Krankenhaus-assoziiert arbeiten. Nach Hoppes Vorstellung müssen diese Fachärzte aber keineswegs Angestellte der Klinik sein, sondern können – auf der Basis eines Vertrages mit der Klinik – als Freiberufler ambulant und stationär arbeiten.

Einer institutionellen Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante ärztliche Versorgung erteilt die Ärzteschaft unisono eine Absage, wie der Vorsitzende des Hausärzteverbandes, Professor Dr. Klaus-Dieter Kossow, deutlich machte: „In diesem Punkt ist ihnen die Solidarität der Hausärzte sicher“, versprach er den Fachärzten. Denn wenn freiberufliche Fachärzte mit Kliniken konkurrieren müssten, deren Investitionen der Staat trägt, handele es sich um einen „sozialistischen Wettbewerb“. uma

LANDTAG NRW

Gesundheitspolitischer Schlagabtausch zwischen Birgit Fischer und Rudolf Henke

Einen gesundheitspolitischen Schlagabtausch lieferten sich Ende November im Plenum des Düsseldorfer Landtages NRW-Gesundheits- und Sozialministerin Birgit Fischer (SPD) und der neue sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Rudolf Henke. Fischer verteidigte das „Beitragsatzsicherungsgesetz“ der Berliner Regierungskoalition und die darin festgeschriebene Nullrunde für Arztpraxen und Kliniken.



Ministerin Birgit Fischer und der sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Rudolf Henke, liefern sich im Landesparlament ein Rededuell.

Fotos: Archiv

Es handele sich um eine „Erste-Hilfe-Aktion“, die den Weg für notwendige Reformen ebnen solle. Bisher hätten die „wirtschaftlichen Eigeninteressen der Leistungserbringer“ jeden Reformversuch im Gesundheitswesen blockiert, sagte Fischer. Nun gelte es, „endlich die Einzelinteressen zu überwinden und die Interessen der Patientinnen und Patienten in den Vordergrund zu stellen“, so die Ministerin weiter.

Die Landesregierung richte ihre Politik nicht an der wirtschaftlichen Interessenlage einzelner Leistungserbringer aus, sondern

an den Interessen der Patientinnen und Patienten sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die „Verwerfungen im System“ müssten beseitigt werden, etwa durch die Etablierung einer integrierten Versorgung.

Rudolf Henke dagegen geißelte die Gesetze der Berliner Koalition als „unverschämte Zumutung für Patienten und Leistungserbringer“. Von diesen würden erhebliche Einschränkungen verlangt, andererseits würden die „abgepressten Finanzmittel“ zur Finanzierung anderer Haushalte verwendet. Nullrunden für Ärzte, und Krankenhäuser, Zwangsrabatte für Apotheker, pharmazeutische Hersteller und den Großhandel sowie willkürliche Preisabsenkungen bei Zahntechnikern gefährdeten zahlreiche wirtschaftliche Existenzen und stellten einen „dreisten Eingriff in das System der Selbstverwaltung“ dar. Die Situation der mittelständischen Berufe werde sich weiter verschlechtern.

Dabei sei das Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen mit rund einer Million Beschäftigten, was etwa zwölf Prozent aller Erwerbstätigen entspricht, zur größten Wirtschaftsbranche aufgestiegen. Nun würden Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet. Henke forderte die Ministerin auf, die Gesetzesvorhaben im Bundesrat zu stoppen.

uma